

Keine Politik mit Auftragsvergabe

Beirat warnt vor sachfremden Zielen öffentlicher Beschaffung

BERLIN, 10. August. Der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums hat davor gewarnt, die Vergabe öffentlicher Aufträge für die Erfüllung politischer Ziele zu nutzen und so die Wirtschaftlichkeit zu vernachlässigen. "Es ist sinnvoll und notwendig, die anstehende Reform des Vergaberechts zum Anlass zu nehmen, die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen, um die Überlagerung des Einkaufs mit vergabefremden Zielen zu limitieren und die bestehenden Kostensenkungspotentiale zu realisieren", heißt es in dem Gutachten, das der Beiratsvorsitzende Axel Börsch-Supan am Freitag in Berlin vorstellte. Die Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Beschaffung werde in Deutschland durch eine im europäischen Vergleich geringe Transparenz und hochkomplexe Regeln behindert.

Öffentliche Aufträge sind ein erheblicher Wirtschaftsfaktor: Die öffentliche Hand vergibt derzeit Aufträge im Volumen von rund 360 Milliarden Euro im Jahr. Ein kostengünstigerer Einkauf könnte die Haushalte entlasten. Der Beirat wirbt in seinem Gutachten für mehr Transparenz, mehr Wettbewerb und weniger Bürokratie. (...)

Sei die Einhaltung vergabefremder Ziele durch internationale Verpflichtungen geboten, sollten diese durch explizite Preispräferenzen eingebracht werden, schlägt der Beirat vor. (...)

Um die Transparenz zu steigern, Korruption zu vermeiden und Synergieeffekte zu nutzen, solle der öffentliche Einkauf durch die Zusammenlegung von Vergabestellen gebündelt werden, empfiehlt der Beirat. Ferner sollten Serviceeinheiten gebildet werden, die Beratung und Weiterbildung für Vergabestellen aller föderalen Ebenen anbieten. Schließlich müsse das Vergaberecht vereinfacht werden.

Der vollständige Artikel erschien in der Frankfurter Allgemeine Zeitung am 11. August 2007.